

Diese Forschung konnte mit Unterstützung des ungarischen Staates und der Europäischen Union, in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds, durch die im Rahmen des Projektes TÁMOP 4.2.4.A-1 ausgeschriebene Stipendienförderung verwirklicht werden.

Demokratie in Ungarn nach der Parlamentswahl 2014

von Marvin Woltering

Bei der Parlamentswahl in Ungarn am 6. April 2014 ging der Fidesz mit seinem Koalitionspartner KDNP erneut als Sieger hervor. So wie es viele Umfragen vorhersagten, konnte das Wahlbündnis der Regierung mit einem Sieg bei der Wahl rechnen. Bereits im Vorfeld der Abstimmung blieb es lediglich fraglich, ob es aufs Neue zu einer Zweidrittelmehrheit reichen würde. Letztendlich gelang es den Regierungsparteien diesen Zweifel aus dem Wege zu räumen indem sie ihre komfortable Mehrheit im Parlament verteidigte.

Das Erreichen einer solchen Mehrheit, und vor allem ihre Bestätigung, sind in Europa einzigartig. Das besondere der Parlamentswahl von 2014 ist, dass es der FIDESZ-KDNP-Regierung gelang, mit einem Stimmenanteil von nur 44,8¹ Prozent, eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Im Vergleich dazu konnten FIDESZ und KDNP bei den Wahlen 2010 mit einem Stimmenanteil von 52,73² Prozent diese Mehrheit der Sitze im Parlament erlangen. Obwohl die Regierungsparteien bei den jüngsten Wahlen neun Prozent verloren haben, konnten sie dennoch die verfassungsändernde Mehrheit verteidigen.

Es stellt sich die Frage, wie es erneut zu einem so eindeutigen Ergebnis kommen konnte bzw. ob die verschiedenen umstrittenen Maßnahmen der Regierung, die zur Änderung des Wahlsystems geführt haben, das erneute Erreichen einer Zweidrittelmehrheit begünstigt haben.

Die Regierung hat in ihrer Legislaturperiode von 2010 bis 2014 das Wahlrecht in Ungarn geändert, die Sitze im Parlament um fast die Hälfte vermindert und die Wahlkreise neu zuschneiden lassen. Das neue Wahlrecht sieht außerdem nur noch eine Wahlrunde vor, was zu einer verstärkenden Wirkung des Mehrheitsprinzips führt. Es ist unbestritten, dass das Wahlbündnis von FIDESZ und KDNP einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung genießt und, dass die Entscheidung, die Rahmenbedingungen der Parlamentswahlen und die Verkleinerung des Parlaments auf einer demokratisch legitimen Grundlage zustande gekommen sind. Ebenso ist das neue Wahlrecht als demokratisch einzuschätzen. Dennoch gibt das signifikant gute

¹ Vgl. Nemzeti Választási Iroda: http://valasztas.hu/hu/ogyv2014/861/861_0_index.html (21.04.2014).

² Vgl. Nemzeti Választási Iroda: http://valasztas.hu/hu/parval2010/354/354_0_index.html (21.04.2014).

Abschneiden der Regierungsparteien, angesichts des Verlusts von neun Prozentpunkten gegenüber der ersten Runde 2010, und das erneute Erreichen einer Zweidrittelmehrheit, dazu Anlass die Angemessenheit der geänderten Regelungen bezüglich der Wahl zu hinterfragen.

Die Spielart des neuen ungarischen Wahlrechts ist mit seiner deutlichen Verstärkung des Mehrheitsprinzips nicht demokratischer oder undemokratischer als andere Varianten des Mehrheitswahlrechts, doch fällt auf, dass es in besonderem Maße zu einer Verzerrung der Verteilung der Sitze im Parlament führt. Dies liegt daran, dass das neue Wahlrecht, im Gegensatz zum Alten, den Stimmen für die Gewinner der Wahlkreise quasi größeres Gewicht einräumt. Zum einen erhält die Partei, deren Kandidat in einem Wahlkreis siegt, einen Sitz im Parlament, zum anderen werden die Mehrheitsstimmen³ auf die Landesliste angerechnet. Dadurch wird die in einem Wahlkreis siegende Partei begünstigt und ein Anteil ihrer Stimmen quasi mehrfach gezählt. Dies hat dazu geführt, dass FIDESZ und KDNP bedeutend mehr Stimmen für die Listenplätze angerechnet wurden. Letztendlich sicherte es den Parteien sechs zusätzliche Sitze im Parlament, welche nach dem alten Wahlsystem an die Opposition gefallen wären.⁴

Der Wegfall einer zweiten Runde bei Parlamentswahlen verstärkt dabei den Effekt der Betonung des Mehrheitswahlrechts zusätzlich, da somit auch Kandidaten mit einem sehr niedrigen Stimmenanteil bzw. mit einem sehr geringen Stimmenvorsprung direkt ins Parlament einziehen können. Für den direkten Einzug ins Parlament benötigten Kandidaten in den Einerwahlkreisen nach dem alten Wahlrecht mindestens die absolute Mehrheit. Sofern diese nicht erreicht war, mussten die Kandidaten mit den meisten Stimmen in einer zweiten Runde nochmals gegeneinander antreten. Bei der letzten Wahl in 2014 kam es deshalb in mindestens neun Wahlkreisen zu sehr knappen Wahlausgängen.⁵

Das neue Wahlrecht verstärkt in einem ohnehin stark polarisierten Parteiensystem das Mehrheitswahlrecht, wodurch einerseits kleinere Parteien benachteiligt werden, und andererseits verzerrte Mehrheiten im Parlament abgebildet werden. Befürworter des neuen Wahlsystems verweisen auf die etablierten Demokratien Großbritanniens und Frankreichs, welche das Mehrheitsprinzip weitaus mehr hervorheben, das für verzerrte Mehrheiten in ihren Parlamenten sorgt. Mit diesen westeuropäischen und unumstritten demokratischen Beispielen wird versucht das neue Wahlrecht Ungarns zu rechtfertigen.⁶ Es muss allerdings darauf

³ Von der Anzahl der Stimmen für den Gewinner eines Wahlkreises werden die Stimmen des Zweitplatzierten subtrahiert und eine zusätzliche Stimme abgezogen.

⁴ Vgl. Intézet a Demokratikus Alternatíváért: http://ideaintezet.blog.hu/2014/04/13/dontott_a_toredek (21.04.2014).

⁵ Vgl. Nemzeti Választási Iroda: http://valasztas.hu/hu/ogyv2014/861/861_0_index.html (21.04.2014).

⁶ Vgl. Budapesti Zeitung: <http://www.budapester.hu/2014/04/11/orbans-pflichttermin/> (11.04.2014).

hingewiesen werden, dass die ungarische Demokratie nicht mit den politischen Systemen der genannten Länder verglichen werden kann. Ungarn blickt auf keine über Jahrhunderte gewachsene demokratische Tradition und Kultur. Auch ist seine Gesellschaft nicht annähernd durch so heterogene Interessen und ihre Vertretung gekennzeichnet. Die genannten westlichen Demokratien zeichnen sich durch sehr heterogene Gesellschaften aus. Für solche Staaten eignet sich die Anwendung des Mehrheitswahlrechts sehr viel mehr als für kleine homogene Länder, wie Ungarn. In politischen Systemen wie dem Großbritanniens wird es für eine Partei kaum möglich sein, einen so deutlichen Stimmenvorsprung zu erlangen, wie es der Fidesz bei den Wahlen 2010 und 2014 in Ungarn schaffte.

Auch ist die politische Kultur in Ungarn nicht mit den westlichen Mehrheitsdemokratien zu vergleichen. Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich wird der politische Gegner in Ungarn nicht als gleichberechtigter Gegner auf Augenhöhe angesehen, sondern als totaler Feind, den es mit allen zu Verfügung stehenden (politischen) Mitteln zu bekämpfen gilt. Dabei wird dem Gegner regelmäßig die politische Legitimation abgesprochen. Damit korrespondiert, der gleichzeitig von den Parteien beanspruchte Wille, für die wahren Belange des Volkes einzutreten. Die Politik ist dabei wenig durch Sachlichkeit geprägt, sondern stets emotional.

Außerdem ist festzustellen, dass das Parteiensystem in Ungarn noch wenig gefestigt ist, was die Entscheidung, das Mehrheitsprinzip zu stärken, nur schwer nachvollziehbar macht. Noch vor wenigen Jahren war die ungarische extreme Rechte gänzlich aus dem Parlament verschwunden. Bei den Wahlen von 2010 erreichte diese allerdings aus dem Stand fast 17 Prozent der Stimmen, welchen sie 2014 auf fast 21 Prozent ausbauen konnte. Die nach der Wende starken ungarischen Liberalen suchen heute vergeblich eine Repräsentanz im ungarischen Parlament. Es tauchten aber auch neue Parteien auf, wie etwa die grüne LMP, die 2010 erstmals ins ungarische Parlament einzog und es auch 2014 knapp mit fünf Prozent ins Parlament schaffte. Die Parteienlandschaft in Ungarn ist also alles andere als gefestigt, ganz im Gegenteil zu den genannten westeuropäischen Ländern mit ihrem seit Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten etablierten Parteiensystemen. In der Einführung eines Wahlrechts, das das Mehrheitswahlrecht stark betont, liegt also – im Falle Ungarns – die Gefahr, dass sich wenig berechenbare und schnell wechselnde Mehrheiten ergeben. Zu befürchten ist, dass extreme Parteien somit im Parlament überrepräsentiert sein könnten.

Wenn eine Partei in Ungarn jemals wieder einen so überwältigenden Zuspruch bei einer Parlamentswahl erfahren sollte, wie der Fidesz 2010 (Die Direktkandidaten von Fidesz

und KDNP konnten von 176 Einerwahlkreisen 172 für sich entscheiden.⁷), ist die Opposition kaum mehr relevant im Parlament vertreten. Im Extremfall wäre sogar fraglich, ob die Opposition überhaupt noch im Parlament vertreten sein würde (wenn z.B. eine Partei alle Einerwahlkreise gewinnt und mehr als die Absolute Mehrheit erreichen würde).

Dies zeigt, dass die Einführung eines Wahlsystems mit der Betonung des Mehrheitsprinzips zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungeeignet für Ungarn und die politische Entscheidung dafür, schwer nachzuvollziehen sind. Es dürfte nicht dazu beitragen, dass sich eine demokratische politische Kultur konsolidieren wird. Eher ist anzunehmen, dass es die tiefen Gräben in der Gesellschaft und zwischen den Parteien bzw. zwischen der Politik und der Bevölkerung weiter vertiefen wird.

Das Wahlbündnis von FIDESZ und KDNP hat bei der Parlamentswahl am 6. April die Direktmandate in 96 der 106 Wahlkreise erringen können. Dabei kam dem Bündnis auch die Neuordnung der Wahlkreise, oftmals zu ihren Gunsten, zu Gute (Gerrymandering). Es ist zwar nicht erwiesen, dass diese Maßnahme tatsächlich zu Gerrymandering führte, doch wird dieser Verdacht auch durch die Regierung selbst geschürt. Sie hat es nämlich versäumt zu erklären, nach welchem Schema sie die Einteilung der neuen Wahlkreise vorgenommen hat. Die Verkleinerung des Parlaments um fast die Hälfte der Abgeordneten machte es erforderlich die Wahlkreise neu zu gliedern. Es steht außer Frage, dass die Dezimierung des Parlaments sinnvoll war, doch wird dies zu einem zunehmend konfrontativen Stil im Parlament beitragen. Die verkleinerten Fraktionen machen es möglich die einzelnen Abgeordneten besser zu kontrollieren, bzw. die Fraktionsdisziplin zu stärken. Abweichler dürften somit zur Rarität werden. Die ohnehin schon sehr auf Ministerpräsident Viktor Orbán ausgerichtete Fidesz-KDNP-Fraktion wird durch ihre Dezimierung noch einfacher durch diesen kontrolliert werden. Zu befürchten ist, dass die Abgeordneten ihre Unabhängigkeit verlieren und dadurch ihr Abhängigkeitsverhältnis zu Orbán gestärkt wird. Auch dies wird die Konsolidierung einer demokratischeren politischen Kultur in Ungarn erschweren.

Die Vorteilsnahme der ungarischen Regierung verlief zwar im Rahmen demokratischer Spielregeln, doch deutet sie darauf hin, dass sie versucht den demokratischen Prozess der Wahl auf ihre Bedürfnisse abzustimmen und auf Dauer auszuhöhlen. Wenn auch die demokratische Legitimation nicht abgesprochen werden kann, so muss doch die offensichtliche Praxis, das politische System an die Bedürfnisse der Regierungsparteien anzupassen zumindest als schlechter demokratischer Stil angesehen werden. Das neue Wahlsystem trägt nicht zu mehr Konsens im politischen System bei und wird auch nicht dafür

⁷ Vgl. Nemzeti Választási Iroda: http://valasztas.hu/hu/parval2010/354/354_0_index.html (21.04.2014).

sorgen, dass der Polarisierung des Parteiensystems entgegengewirkt wird. Im Gegenteil, es begünstigt vor allem die große(n) Parteien bzw. die siegreiche Partei mit den meisten Einerwahlkreisen. Das politische System wird auch in Zukunft nicht auf Dialog und Kompromiss zwischen den Parteien aufgebaut sein, sondern die Konfrontation zwischen diesen verstärken. Die politische Kultur des Landes wird also weiterhin unter dem Alleinvertretungsanspruch der Nation durch eine Partei zu leiden haben. Diese Entwicklung trägt nicht zu einer weiteren Konsolidierung Ungarns bei, sondern verdeutlicht einmal mehr einen Schritt in Richtung Dekonsolidierung.